

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt,
Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz
des Landes Nordrhein-Westfalen
Minister Johannes Remmel
Schwannstr. 3
40476 Düsseldorf

Der Bürgermeister

Buchhofstraße 13
32351 Stemwede-Levern
Telefon: 05474/206-0
Telefax: 05474/206-180

Fachbereich: Bau und Planung

Auskunft erteilt: Frau von Lochow
Durchwahl: 05474/206-600
E-Mail: b.vonlochow@stemwede.de

Ihr Zeichen:

Mein Zeichen:
/Lo

Datum:
28.08.2011

**Planfeststellung für den Neubau der beiden nordrhein-westfälischen Abschnitte der 380-kV-Höchstspannungsfreileitung Wehrendorf - St. Hülfe auf dem Gebiet der Gemeinde Stemwede im Kreis Minden-Lübbecke als Ersatz für bestehende 220-kV-Freileitungen
hier: Einrichtung eines länderübergreifenden Runden Tisches**

Sehr geehrter Herr Minister Remmel,

die Amprion GmbH plant im Gemeindegebiet von Stemwede die Errichtung von zwei insgesamt ca. 2,3 km langen Teilabschnitten der neuen 380-kV-Höchstspannungsfreileitung zwischen ihren Umspannanlagen (UA) Wehrendorf (Gemeinde Bad Essen / Landkreis Osnabrück) und St. Hülfe (Stadt Diepholz / Landkreis Diepholz). Die Planfeststellungsunterlagen hierfür lagen vom 23.05.-22.06.2011 bei der Gemeinde Stemwede aus.

Für den niedersächsischen Teil des Neubaus erfolgte die Auslegung der Planunterlagen bereits vom 10.05.-09.06.2010. Beide Verfahren sind nicht miteinander abgestimmt. Im niedersächsischen Planfeststellungsverfahren war die Trassenverlegung aus dem Naturschutzgebiet Ochsenmoor heraus Schwerpunkt der Einwendungen. Um eine Erhöhung der Belastung für den Menschen zu verhindern, wurde eine Beibehaltung der alten Trassierung gefordert. Weitere Einwendungen befassten sich mit landwirtschaftlichen Belangen der Eigentümer und Bewirtschafter sowie der erwarteten Gesundheitsgefährdung durch die Stromleitung. In einigen Bereichen werden seitdem mögliche Umplanungen geprüft. Ein Erörterungstermin hat bisher nicht stattgefunden.

Auf nordrhein-westfälischer Seite werden zwei Vollerwerbs-Höfe von der Leitung überspannt. Das laufende Planfeststellungsverfahren bietet nach nun mittlerweile 40 Jahren die einmalige Gelegenheit, diesen untragbaren Zustand zu ändern. Durch die Verlegung der Leitung würden die Menschen und Tiere auf den Höfen spürbar vom Elektrosmog entlastet.

Die Gemeinde Stemwede bringt sich konstruktiv in das Planfeststellungsverfahren ein und hat mit der niedersächsischen Samtgemeinde „Altes Amt Lemförde“ eine einvernehmlich abgestimmte alternative Trassenführung, die die „Alternativtrasse 2“ aus den Antragsunterlagen modifiziert, erarbeitet. Diese neue abgestimmte Alternativtrasse dient dem größtmöglichen Schutz der Menschen und belastet geringfügig mehr den Naturschutz. Für beide Gemeinden steht aber außer Frage, dass hier der Mensch das höhere Schutzgut darstellt. Vorteilhaft wäre für die Antragstellerin bei dieser Variante, dass der Bau des Provisoriums entfällt. Die Bezirksregierung Detmold wurde von der Gemeinde Stemwede aufgefordert, der Antragstellerin die einvernehmlich abgestimmte Variante zur Prüfung aufzuerlegen. Das Planfeststellungsverfahren muss ergebnisoffen geführt werden!

Auf Bitten der Gemeinde Stemwede werden sich im September die Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen des Regionalrates Detmold sowie der Regionalrat Detmold in ihren Sitzungen mit dem Thema befassen.

Schwer nachzuvollziehen ist, warum bei der Planung für den Neubau der 380-kV Höchstspannungsfreileitung Wehrendorf - St. Hülfe kein länderübergreifendes Planfeststellungsverfahren durchgeführt wird. Durch die getrennten und zeitlich deutlich versetzten Planfeststellungsverfahren werden Zwangspunkte für das nordrhein-westfälische Planfeststellungsverfahren suggeriert, die nicht existieren. Die Bezirksregierung Detmold schrieb der Gemeinde Stemwede zu diesem Einwand lediglich, dass seitens des Landes NRW aus zeitlichen Gründen solch ein Vorgehen nicht mehr sinnvoll sei und durch die getrennte Verfahrensführung keine Nachteile für die beteiligte Gemeinde oder die betroffenen Einwohner entstünden. Bezweifelt werden muss jedoch, ob die Antragstellerin Amprion durch die nochmalige Auslegung abgestimmter Planunterlagen in beiden Bundesländern mehr Zeit als durch die Klageverfahren der betroffenen Landwirte verlieren würde.

Die Gemeinde Stemwede bittet Sie Minister Rempel, im Interesse einer regional einheitlichen und abgestimmten Planung um die Einrichtung eines länderübergreifenden Runden Tisches mit den Kommunen Stemwede und Altes Amt Lemförde, den beteiligten Planfeststellungsbehörden, dem niedersächsischen Umweltminister und der Antragstellerin Amprion. Dadurch könnte vor den Planfeststellungsbeschlüssen eine gemeinsame Lösung im Dialogverfahren gefunden werden.

Mit freundlichen Grüßen

(Rybak)

Anlage